Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 44 (1988)
Heft: 4

Artikel: Frau und Politik im Wallis
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844600

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frau und Politik im Wallis

Seit vier Legislaturperioden besitzen Walliser Frauen das Stimm- und Wahlrecht, sind somit auch wählbar in die politischen Organisationen im kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Bereich. Trotz Stimm- und Wahlrecht, trotz Wählbarkeit, sind Frauen immer noch in allen politischen Organisationen stark untervertreten. Eine kantonale Kommission ging den Gründen nach, warum dies so ist.

Genügen diese Feststellungen und das Bedauern darüber, damit die Diskriminierung ausgemerzt wird? Die Verantwortlichen in den Parteien begnügen sich nur zu gern mit solchen resignierten Äusserungen, die ihren guten Willen zeigen, aber nichts an der unwürdigen Situation ändern. Zu oft weisen Parteimänner die Schuld am Wahlmisserfolg allein den Frauen zu.

Um der Sache auf den Grund zu kommen, hat die Kommission einen umfassenden Fragebogen an Frauen gerichtet, die seit 1971 ein politisches Mandat innehatten. Die Ergebnisse sind ernüchternd.

Traurige Bilanz

Die Frauenvertretung auf kantonaler Ebene hält sich in bescheidenem Rahmen, das Wallis steht gerade vor Appenzell und Uri! Eine Untersuchung der Wahlergebnisse zeigt, dass die Frauen regelmässig geringere Chancen als die Männer haben, ja dass ihre Aussichten auf Erfolg um so geringer sind, je mehr Frauen als Kandidatinnen aufgestellt werden. Fürchten die Männer um ihre Vormachtstellung?

Verzicht auf Wiederwahl

Unter diesen Umständen ist es noch bedauerlicher, dass die meisten Gewählten nach einer oder zwei Legislaturperioden auf eine Wiederwahl verzichten. Dies tun sie offenbar nicht, weil sie überlastet wären, obschon auch da klar ersichtlich wird, dass sie nach wie vor neben ihrem politischen Amt ein gerütteltes Mass an Arbeit bewältigen: vier von fünf Frauen sind Familienmütter, zwei von drei sind berufstätig. Vielmehr sind diese Frauen enttäuscht. Sie waren mit der Vorstellung angetreten, neue Inhalte in die Politik einzubringen, die bisher von den Männern vernachlässigt wurden. Da die Frauenvertretung aber zahlenmässig so schwach ist, haben sie Mühe durchzudringen, und nur zu oft sehen sie sich in die Bereiche Soziales, Schule und Kultur verbannt.

Zu wenig Parteidisziplin?

Besonders aufschlussreich sind die Bemerkungen zum Verhältnis der Frauen zu ihrer Partei, scheint es doch da um ein Problem zu gehen, das weit über die Walliser Kantonsgrenzen hin-

ausreicht: 'Obwohl viele Befragte angaben, von Parteivorsitzenden die Nomination angeboten bekommen zu haben, fühlen die meisten politisch Beauftragten sich nicht allzu sehr der Partei verpflichtet. Nur ein Viertel fühlt sich in wesentlichen Entscheiden an Parteiprogramm und Weisungen gebunden. Selbst bei etwaigen negativen Auswirkungen ermangeln Frauen der sogenannten Parteidisziplin, ein Beweis ihrer anderen, eher unabhängigen Politik. Einerseits sind Parteien auf die Mitarbeit und den Einsatz der Frauen angewiesen, ob eingestanden oder nicht, andererseits ergeht zu wenig Verantwortung seitens der Parteileitung an die Frau. Ihre Mitarbeit ist oft nur eine theoretische oder auf Alibifunktion beschränkt, auf Dienstleistungen wie Sekretariatsarbeit. Die Regel ist wohl beinahe überall noch, dass Männer Beschlüsse fassen, welche Frauen ausführen . . . (Frauen) werden auch mitunter oppositionslos für Wahllisten nominiert und dann häufig unter dem Mantel des Stimmgeheimnisses gestrichen.'

Frauen entscheiden sich, laut Aussagen, mit Vorliebe für politische Arbeit ohne Partei, was aber von der Organisation her unrealistisch ist. Sololäuferinnen erreichen selten ihr Ziel, sie benötigen eine Basis.

Wahltechnische Hindernisse

In der Regel werden politische Karrieren – diejenigen der Männer, versteht sich –, von langer Hand vorbereitet, man spricht sich Jahre im voraus ab und kennt die Konstellationen: Überraschungen sind eher die Ausnahme. Anders bei den Frauenkandidaturen. Die Liste der Kandidatinnen wird meist in letzter Minute zusammengestellt, kaum Wochen vor den Wahlen und nicht selten in eigentlicher 'Panikstimmung'. Die Sorge der Verantwortlichen gilt meist der Suche nach jenem Kandidaten, der dank seiner Popularität möglichst viele Wähler an die Urne locken kann, der Parteistimmen und Erfolg garantiert. Frauen verfügen wegen mangelnder politischer Erfahrung kaum über diese Eigenschaft, was die Parteivorsitzenden immer wieder zögern lässt, Frauenkandidaturen jenen von Männern gleichzusetzen, was aber, und zwar nach gleichen Kriterien, gefordert werden müsste. Sehr oft reiht sich bei Männern Karriere an Karriere, Stufe an Stufe von der Gemeinde- bis zur Bundespolitik. Auch in dieser Beziehung sind die Frauen benachteiligt.

Im Wahlkampf schliesslich sind Kandidatinnen nicht nur wegen der mangelnden Solidarität der Frauen benachteiligt, sondern auch aufgrund gewisser Eigenheiten im Wallis: 'Die Beliebtheit der Gewählten hängt oft weniger von ihren gründlichen Kenntnissen der Dossiers ab als von ihrer Neigung, zahlreiche Versammlungen zu besuchen, sich an möglichst vielen Orten zu zeigen, möglichst viele potentielle Wähler zu begrüssen.' Eine Kandidatin jedoch, die ein solches Verhalten praktiziert, läuft Gefahr, ihre Wählerinnen abzustossen und in die Flucht zu schlagen.

Strenge Rollenverteilung

Die neuen Rechte der Frau wiegen

wenig gegenüber der Macht, welche Männer im öffentlichen Leben und im geschäftlichen und privaten Bereich innehaben. Die meisten Männer verteidigen immer noch ihre Privilegien und ihre Vormachtstellung und sind deshalb kaum motiviert, ihre Gewohnheiten abzulegen und Verantwortung zu teilen.

Der neue Status der Frauen und ihr Anteil am politischen Leben haben die alte Rollenverteilung noch nicht fundamental verändert. Im Gegenteil. Die Aufgaben und Pflichten nehmen in vielen Fällen zu, Frauen, welche ausser Haus arbeiten und/oder öffentliche Funktionen innehaben, müssen neben diesen Verpflichtungen auch noch den traditionellen Aufgaben nachkommen. Die Gewählte muss darüber hinaus noch beweisen, dass sie trotz öffentlicher Funktion weder Mann, Kinder noch Haushalt vernachlässigt.

Konkrete Zahlen

Im Grossen Rat stagniert die Frauenpräsenz. Rückläufig ist die Zahl der Nationalratssitze. Im Staatsrat, im Ständerat, in den kantonalen richterlichen Behörden, beim Bezirksgericht, auf der Präfektur sind Frauen gegenwärtig nirgends anzutreffen. Jedoch haben zahlenmässig immer mehr Frauen das Amt der Vizerichterinnen inne, 28 % der Posten (die nach den Autorinnen wenig Prestige bringen!).

Und das grosse Warum?

'Liegt es an den Stimmbürgern, welche kaum Eile zeigen, den Frauen die Tore zur Öffentlichkeitsarbeit zu öffnen? Ist eher das manifestierte Uninteresse vieler Frauen zu bedauern, welche bis heute politischen Inhalten kaum Beachtung zeigen?' Die Autorinnen machen eine Reihe von Faktoren aus, 'welche vor allem im eingesessenen, traditionellen Rollenverhalten ihren Grund finden. Frau hat Gattin, Mutter zu sein, vordergründig im häuslichen Bereich sich zu entfalten.'

Der Bericht sieht bessere Aussichten für die Beteiligung der Frau am politischen Leben nur durch eine 'Wandlung der gesellschaftspolitischen Strukturen'.

Zusammenarbeit mit den Männern

'Die jetzigen und ehemaligen Mandatsinhaberinnen manifestieren auf dem Fragebogen immer wieder die Aufforderung nach wirklicher Zusammenarbeit mit dem Mann, wie es wohl in den Strukturen einer pluralistischen Gesellschaft liegen mag.' Der Bericht schliesst mit einem Aufruf an die Männer 'zuzugestehen, dass sie nicht alleinig geboren sind, das Land zu führen und auf ihre Art zu regieren, Frauen haben Pflichten im öffentlichen Bereich wahrzunehmen und ihre Vorurteile gegen politische Arbeit abzustreifen.'

•

'Frau und Politik im Wallis'. Ein Rapport der Kantonalen Kommission zum Studium der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Frau. Zu beziehen beim Departement des Innern des Kantons Wallis.